



# Wahlprogramm

für die Landtagswahlen 2026  
in Baden-Württemberg

---

## Inhaltsverzeichnis

1. Unsere Vision für Baden-Württemberg
2. Wohnungsmarkt und Mieten – Ursachen bekämpfen statt Symptome verwalten
3. Bildung und Zukunft – Gleiche Chancen für alle Kinder
4. Gesundheit und Pflege – Versorgung sichern, Menschen in den Mittelpunkt stellen
5. Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel – Baden-Württemberg attraktiv halten
6. Innenstädte, Ehrenamt und Vereine – Gemeinschaft stärken
7. Bürokratieabbau und Digitalisierung – Staat effizient gestalten
8. Kleine und mittlere Unternehmen – Rückgrat unserer Wirtschaft
9. Inklusion und Teilhabe – Niemand darf ausgeschlossen werden
10. Mobilität und Verkehr – Beweglichkeit für alle sichern
11. Familienpolitik – Familie und Beruf wirklich vereinbar machen
12. Frauenschutz – Sicherheit und Schutz gewährleisten
13. Nachhaltige Finanzpolitik – Verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umgehen
14. Klima, Umwelt und Verantwortung – Wohlstand nachhaltig gestalten
15. Energie – Strom intelligent statt teuer
16. Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt – Gemeinsam Verantwortung tragen

---

## 1. Unsere Vision für Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist ein starkes Land – wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich. Und doch erleben immer mehr Menschen, dass Sicherheit, Teilhabe und Perspektiven keine Selbstverständlichkeit mehr sind. Steigende Mieten, ein überlastetes Gesundheitssystem, Personalmangel in Pflege und Bildung, zunehmende Bürokratie und das Gefühl, politisch nicht mehr gehört zu werden, prägen den Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger.

Die Gerechtigkeitspartei steht für einen Politikwechsel: weg von Symbolpolitik und Einzelinteressen, hin zu einer Politik der Verantwortung, der Menschlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit.

Unsere Vision ist ein Baden-Württemberg, das gerecht, solidarisch und menschlich ist. Ein Land, das niemanden zurücklässt. Ein Land, das Zukunft möglich macht – durch gute Bildung, eine starke soziale Infrastruktur, eine leistungsfähige Wirtschaft und einen Staat, der funktioniert.

## 2. Wohnungsmarkt und Mieten – Ursachen bekämpfen statt Symptome verwalten

Der Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg ist aus dem Gleichgewicht geraten. In vielen Städten und Regionen steigen die Mieten seit Jahren, während immer mehr Menschen Schwierigkeiten haben, eine passende Wohnung zu finden. Dieses Problem ist kein Zeichen eines funktionierenden Marktes, sondern das Ergebnis eines strukturellen Mangels an verfügbarem Wohnraum.

Wir lehnen staatliche Mietpreisbremsen nicht aus Prinzip ab, sondern weil sie das Kernproblem nicht lösen. Preisregulierungen können kurzfristig Entlastung versprechen, schaffen aber keinen einzigen Quadratmeter neuen Wohnraum. Solange das Angebot nicht ausreicht, bleibt der Druck auf dem Markt bestehen – unabhängig davon, wie stark Preise gedeckelt werden.

Gleichzeitig zeigt sich, dass Wohnraummangel nicht ausschließlich eine Frage des Neubaus ist. In vielen Regionen stehen Wohnungen leer, obwohl dringend Wohnraum benötigt wird. Ein erheblicher Teil dieses Leerstands befindet sich in privater Hand. Es handelt sich dabei nicht um große Immobilienkonzerne, sondern um private Eigentümerinnen und Eigentümer, die ihre Wohnungen aus unterschiedlichen Gründen nicht vermieten.

Diese Gründe müssen ernst genommen werden. Viele private Vermieter empfinden die Vermietung inzwischen als finanzielles Risiko. Hohe Abgaben auf Mieteinnahmen, steigende regulatorische Anforderungen und rechtliche Unsicherheiten führen dazu, dass sich Vermietung für sie kaum noch lohnt oder schwer kalkulierbar geworden ist. Hinzu kommt die Sorge, im Schadensfall oder bei Mietausfällen auf hohen Kosten sitzen zu bleiben, die privat nicht immer aufgefangen werden können.

---

Eine Politik, die auf immer mehr Regulierung setzt, verstärkt diese Zurückhaltung. Wenn Vermietung als riskant wahrgenommen wird, verschwindet Wohnraum vom Markt – nicht aus Spekulation, sondern aus Vorsicht. Mietpreisbremsen und zusätzliche Eingriffe schaffen so unbeabsichtigt neue Hürden, statt bestehende Potenziale zu nutzen.

Unser Ansatz ist ein anderer: Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass vorhandener Wohnraum wieder vermietet wird und neuer Wohnraum entstehen kann. Dazu braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, faire steuerliche Regelungen und einen rechtlichen Schutz, der private Eigentümer nicht überfordert, sondern ihnen Sicherheit gibt.

Parallel dazu muss der Neubau beschleunigt werden. Genehmigungsverfahren müssen einfacher und schneller werden, Baukosten dürfen nicht weiter durch übermäßige Bürokratie steigen, und nachhaltige Baukonzepte müssen praktikabel umsetzbar sein.

Bezahlbare Mieten entstehen nicht durch das Verwalten von Symptomen, sondern durch ausreichendes Angebot. Erst wenn genügend Wohnraum zur Verfügung steht, kann sich der Markt wieder stabilisieren – im Interesse von Mieterinnen und Mietern ebenso wie von Vermietern.

Unser Ziel ist es, ideologische Debatten hinter uns zu lassen und endlich wirksam zu handeln. Für einen Wohnungsmarkt, der funktioniert. Für Mieten, die bezahlbar bleiben. Und für ein Baden-Württemberg, in dem Wohnen wieder Sicherheit bedeutet.

### **3. Bildung und Zukunft – Gleiche Chancen für alle Kinder**

Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe, wirtschaftlicher Stärke und persönlicher Entfaltung. Ein Land kann langfristig nur so stark sein wie sein Bildungssystem. Deshalb setzen wir uns für eine Bildungspolitik ein, die allen Kindern unabhängig von Herkunft, Wohnort oder finanziellen Möglichkeiten dieselben Chancen eröffnet.

Heute existieren in Deutschland 16 unterschiedliche Bildungssysteme. Wettbewerb zwischen Ideen und Konzepten kann sinnvoll sein – doch im Bildungsbereich führt diese Zersplitterung zu Ungleichheit. Kinder wachsen im selben Land auf, doch ihre Bildungschancen unterscheiden sich je nach Bundesland erheblich. Wir wollen ein einheitlicheres, gerechteres Bildungssystem, das sicherstellt, dass jedes Kind die bestmögliche Bildung erhält.

Zukunftsfähige Bildung bedeutet auch, mit der Zeit zu gehen. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und neue Technologien verändern unsere Welt rasant. Schulen dürfen dabei nicht abgehängt werden. Deshalb wollen wir Lehrkräfte gezielt weiterbilden – insbesondere in den Bereichen IT, Medienkompetenz und KI. Gute Bildung beginnt bei gut ausgebildeten Lehrkräften.

Gleichzeitig brauchen wir Schulen, in denen sich Schülerinnen und Schüler wohlfühlen. Marode Gebäude, fehlende Ausstattung und unzureichende digitale Infrastruktur sind kein akzeptabler Zustand. Investitionen in moderne, gut ausgestattete Schulen sind Investitionen in

---

unsere gemeinsame Zukunft.

## **4. Gesundheit und Pflege – Versorgung sichern, Menschen in den Mittelpunkt stellen**

Gesundheit darf keine Frage des Wohnorts sein. Eine verlässliche medizinische Versorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein – unabhängig davon, ob sie in einer Großstadt oder im ländlichen Raum leben. Krankenhäuser dürfen nicht primär als gewinnorientierte Unternehmen betrachtet werden, sondern müssen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein.

Eine flächendeckende Krankenhausversorgung funktioniert jedoch nur mit ausreichend qualifiziertem Personal. Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir setzen uns dafür ein, diesen Mangel aktiv zu bekämpfen – durch bessere Arbeitsbedingungen, verlässliche Dienstpläne, faire Bezahlung und mehr gesellschaftliche Anerkennung für Pflege- und Gesundheitsberufe.

Dazu gehört auch, qualifiziertes medizinisches Fachpersonal aus dem Ausland stärker einzubeziehen. Wer bereit ist, in unserem Gesundheitssystem zu arbeiten, braucht klare Verfahren, Unterstützung bei der Anerkennung von Abschlüssen und echte Perspektiven. Nur so können wir die medizinische Versorgung langfristig sichern und gleichzeitig das Personal entlasten.

Prävention muss gestärkt werden. Unser Gesundheitswesen sollte Krankheiten nicht nur verwalten, sondern Gesundheit aktiv fördern. Gleichzeitig wollen wir unnötige Bürokratie abbauen, damit medizinisches Personal wieder mehr Zeit für Menschen hat.

## **5. Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel – Baden-Württemberg attraktiv halten**

Baden-Württemberg ist ein starker Wirtschaftsstandort – doch dieser Vorteil ist kein Selbstläufer. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir gezielt Fachkräfte gewinnen und halten. Das gilt sowohl für Menschen, die hier ausgebildet werden, als auch für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland.

Ein zentrales Hindernis dabei ist die Bürokratie. Komplexe Verfahren, lange Bearbeitungszeiten und unübersichtliche Zuständigkeiten schrecken Unternehmen ebenso ab wie potenzielle Fachkräfte. Wir wollen bürokratische Prozesse deutlich vereinfachen und beschleunigen, insbesondere bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen und bei Arbeitsgenehmigungen.

---

Gute Arbeitsbedingungen, verlässliche Rahmenbedingungen und eine funktionierende Verwaltung machen einen Standort attraktiv. Unser Ziel ist ein Arbeitsmarkt, der Chancen eröffnet – für Unternehmen wie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der Fachkräftemangel darf nicht zum Wettbewerbsnachteil werden. Wenn Unternehmen nicht genügend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden, verlieren sie im internationalen Wettbewerb an Stärke. Deshalb braucht es eine aktive Fachkräftestrategie, die Ausbildung, Weiterbildung und gezielte Zuwanderung sinnvoll miteinander verbindet.

## **6. Innenstädte, Ehrenamt und Vereine – Gemeinschaft stärken**

Lebendige Innenstädte entstehen nicht von allein. Sie sind Orte der Begegnung, des Austauschs und des gesellschaftlichen Lebens. Doch viele Innenstädte stehen unter Druck – durch Leerstände, den Onlinehandel und den Rückzug öffentlicher Angebote.

Wir wollen Innenstädte gemeinsam mit den Menschen vor Ort neu beleben. Das bedeutet, Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubeziehen: durch Wettbewerbe, Stadtprojekte und Initiativen, an denen Vereine, Schulen, Organisationen und engagierte Einzelpersonen teilnehmen können. Preisgelder und öffentliche Anerkennung können Anreize schaffen, gemeinsam Ideen für eine lebenswerte Innenstadt zu entwickeln.

Ehrenamt und Vereine sind dabei ein zentraler Pfeiler. Sie stärken das Wir-Gefühl, fördern Zusammenhalt und tragen maßgeblich zur regionalen Identität bei. Wer regionale Kultur, lokale Geschäfte und gemeinschaftliches Engagement stärkt, stärkt die gesamte Region.

Lebendige Innenstädte brauchen auch handlungsfähige Kommunen. Städte und Gemeinden müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie Infrastruktur erhalten, Kultur fördern und öffentliche Räume gestalten können.

## **7. Bürokratieabbau und Digitalisierung – Staat effizient gestalten**

Bürokratie belastet Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen. Sie kostet Zeit, Geld und Nerven – und sie bremst Innovation. Der Staat muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt.

Wir setzen uns für einen konsequenten Bürokratieabbau und eine funktionierende Digitalisierung der Verwaltung ein. Dabei ist wichtig: Bürokratieabbau ist keine pauschale Aufgabe, sondern muss branchenspezifisch gedacht werden. Jede Branche hat eigene Anforderungen, eigene Prozesse und eigene Belastungen. Ein wirksamer Bürokratieabbau muss diese Unterschiede berücksichtigen.

---

Digitale Verwaltungsprozesse, klare Zuständigkeiten und einfache Zugänge schaffen Vertrauen und Effizienz. Ziel ist eine Verwaltung, die unterstützt statt behindert.

## **8. Kleine und mittlere Unternehmen – Rückgrat unserer Wirtschaft**

Kleine und mittlere Unternehmen sind das wirtschaftliche Rückgrat Baden-Württembergs. Viele von ihnen sind international erfolgreich, regional verwurzelt und unverzichtbar für Beschäftigung und Innovation.

Diese Unternehmen brauchen politische Aufmerksamkeit und ein echtes Gehör. Ihre Interessen unterscheiden sich oft deutlich von denen großer Konzerne. Starre Vorgaben und pauschale Regelungen werden ihrer Realität nicht gerecht.

Wir setzen uns für einen offenen Dialog mit dem Mittelstand ein. Politik muss zuhören, verstehen und gemeinsam mit den Unternehmen Lösungen entwickeln. Wer will, dass diese Betriebe weiterhin in ihren Regionen produzieren, Arbeitsplätze sichern und Verantwortung übernehmen, muss ihre Anliegen ernst nehmen.

## **9. Inklusion und Teilhabe – Niemand darf ausgeschlossen werden**

Inklusion und Teilhabe sind Grundpfeiler einer gerechten Gesellschaft. Jeder Mensch verdient Respekt – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder körperlichen Einschränkungen. Rassismus lehnen wir entschieden ab.

Menschen sollen nach ihren Fähigkeiten und Potenzialen wahrgenommen werden – nicht nach äußeren Merkmalen. Besonders Menschen mit Behinderungen müssen echte gesellschaftliche Teilhabe erfahren können. Dazu gehören barrierefreie Zugänge im Alltag ebenso wie faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Auch die Situation in Behindertenwerkstätten braucht Veränderung. Arbeit muss so entlohnt werden, dass sie ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Teilhabe darf nicht bei gutem Willen stehen bleiben, sondern muss sich konkret im Alltag widerspiegeln.

## **10. Mobilität und Verkehr – Beweglichkeit für alle sichern**

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität. Unser Ziel ist eine Mobilität, die für alle Menschen zugänglich, zuverlässig und zukunftsfähig ist. Dafür braucht es ein Verkehrssystem, das echte Alternativen bietet und nicht auf Zwang, sondern auf Attraktivität setzt.

---

Ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr ist dabei der Schlüssel. Nur wenn Busse und Bahnen zuverlässig, gut erreichbar und sinnvoll getaktet sind, entsteht ein echter Anreiz, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Mobilität darf kein Privileg sein, sondern muss allen offenstehen – unabhängig vom Wohnort oder den persönlichen Lebensumständen.

Gleichzeitig braucht moderne Mobilität weniger Bürokratie. Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich sind oft langwierig und kompliziert. Wir setzen uns dafür ein, diese Prozesse zu vereinfachen, damit notwendige Infrastruktur schneller umgesetzt werden kann.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Radverkehr. Radwege dürfen nicht aus symbolischen Markierungen bestehen, sondern müssen sicher, durchdacht und eigenständig geführt sein. Gut ausgebaute Radwege entlasten Innenstädte, erhöhen die Verkehrssicherheit und ermöglichen eine umweltfreundliche Fortbewegung, ohne den übrigen Verkehr unnötig zu behindern.

Mobilitätspolitik muss ganzheitlich gedacht werden – als Zusammenspiel aus öffentlichem Verkehr, Radverkehr und einer intelligenten Verkehrsplanung, die den Alltag der Menschen erleichtert.

## **11. Familienpolitik – Familie und Beruf wirklich vereinbar machen**

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wer Kinder großzieht, übernimmt Verantwortung – für sich, für andere und für die Zukunft unseres Landes. Diese Verantwortung muss von Politik und Gesellschaft ernsthaft unterstützt werden.

Es darf nicht sein, dass Familien durch fehlende Betreuungsangebote gezwungen werden, ihre Lebensplanung einzuschränken. Verlässliche Kinderbetreuung ist keine freiwillige Leistung, sondern eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Familie und Beruf miteinander vereinbar sind. Niemand sollte aus Mangel an Betreuungsplätzen gezwungen sein, beruflich zurückzustecken.

Familien sind vielfältig. Alleinerziehende, Patchwork-Familien oder Familien mit besonderen Herausforderungen brauchen individuelle Unterstützung. Sozialpolitik darf sich nicht allein an Paragraphen orientieren, sondern muss den Menschen sehen. Ein funktionierender Sozialstaat hört zu, prüft Einzelfälle sorgfältig und hilft dort, wo Unterstützung gebraucht wird.

Wir wollen Anlaufstellen stärken, die Familien beraten, begleiten und entlasten – mit Menschlichkeit, Augenmaß und Verantwortung.

## **12. Frauenschutz – Sicherheit und Schutz gewährleisten**

---

Gewalt gegen Frauen ist ein ernstes gesellschaftliches Problem, das nicht hingenommen werden darf. Frauen müssen sich sicher fühlen können – zu Hause, im öffentlichen Raum und in ihrem sozialen Umfeld. Wer von Gewalt betroffen ist, darf nicht allein gelassen werden.

Frauenhäuser sind dabei ein unverzichtbarer Bestandteil des Schutzsystems. Jede Frau, die Hilfe sucht, muss die Gewissheit haben, aufgenommen zu werden und einen sicheren Ort zu finden. Ablehnungen aufgrund fehlender Kapazitäten dürfen nicht die Realität sein.

Neben dem Ausbau von Schutzangeboten braucht es konsequente Prävention. Gewalt entsteht nicht aus dem Nichts. Aufklärung, frühe Hilfsangebote und gesellschaftliche Sensibilisierung sind entscheidend, um Gewalt vorzubeugen und Betroffene zu schützen.

Frauenschutz ist kein Randthema, sondern eine zentrale Aufgabe einer verantwortungsvollen Gesellschaft.

### **13. Nachhaltige Finanzpolitik – Verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umgehen**

Eine nachhaltige Finanzpolitik ist die Grundlage für politische Handlungsfähigkeit. Investitionen in Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit sind notwendig – gleichzeitig darf das Land nicht dauerhaft über seine finanziellen Verhältnisse leben.

Wir setzen uns für einen verantwortungsvollen Landeshaushalt ein, der Prioritäten klar definiert. Alle Ausgaben müssen regelmäßig überprüft werden: Wo wird Geld sinnvoll eingesetzt? Wo bestehen Einsparpotenziale? Wo können Strukturen effizienter gestaltet werden?

Steuergelder müssen dem Gemeinwohl dienen. Effizienz, Transparenz und langfristige Planung sind dabei entscheidend. Nachhaltigkeit bedeutet nicht Stillstand, sondern bewusstes und vorausschauendes Handeln.

Besonders wichtig sind dabei starke Kommunen. Städte und Gemeinden tragen einen Großteil der öffentlichen Aufgaben – von Infrastruktur über Bildung bis hin zu sozialem Zusammenhalt. Finanzielle Entlastung und verlässliche Ausstattung der Kommunen sind Voraussetzung für lebendige Innenstädte, funktionierende Verwaltungen und ein starkes gesellschaftliches Leben vor Ort.

### **14. Klima, Umwelt und Verantwortung – Wohlstand nachhaltig gestalten**

Der Schutz von Klima, Umwelt und Artenvielfalt ist eine Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Gleichzeitig ist Baden-Württemberg ein Wirtschaftsstandort mit hoher

---

Innovationskraft. Für uns schließen sich Umweltschutz und Wohlstand nicht aus – sie gehören zusammen.

Nachhaltigkeit muss mit Vernunft gestaltet werden. Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz müssen wirtschaftlich tragfähig sein und in enger Abstimmung mit Unternehmerinnen und Unternehmern erfolgen. Überstürzte Entscheidungen oder einseitige Belastungen führen zu Wettbewerbsnachteilen und gefährden Arbeitsplätze.

Ressourcen müssen verantwortungsvoll genutzt werden. Artenschutz, nachhaltige Landwirtschaft und ein bewusster Umgang mit Energie sind zentrale Bausteine einer zukunftsfähigen Politik. Ziel ist es, ökologische Verantwortung mit wirtschaftlicher Stärke zu verbinden – nicht gegeneinander auszuspielen.

## **15. Energie – Strom intelligent statt teuer**

Energiepolitik ist Standortpolitik, Sozialpolitik und Klimapolitik zugleich. Bezahlbarer Strom entscheidet darüber, ob Familien entlastet werden, ob Unternehmen in Baden-Württemberg investieren und ob unsere Industrie wettbewerbsfähig bleibt. Unser Ziel ist eine Energieversorgung, die zuverlässig, bezahlbar und nachhaltig ist – ohne ideologische Verbote, sondern mit intelligenten Lösungen und klaren Anreizen.

Die günstigste Energie ist die, die wir regional, nachhaltig und dezentral erzeugen können. Wind- und Solarenergie sind dabei zentrale Bausteine. Wir wollen den Ausbau weiter forcieren – jedoch mit Vernunft und klaren Leitlinien. Der Schwerpunkt muss auf bereits versiegelten Flächen und Gebäuden liegen: auf Dächern, Parkplätzen, Gewerbegebieten und Infrastrukturflächen. Gleichzeitig lehnen wir die Umwidmung von fruchtbarem Ackerland in großflächige Solarparks ab. Landwirtschaftliche Flächen sind wertvoll und müssen für Ernährungssicherheit, Natur und regionale Wertschöpfung erhalten bleiben.

Damit der Ausbau erneuerbarer Energien wirklich wirksam wird, braucht es schnellere Verfahren. Genehmigungsprozesse müssen drastisch verschlankt werden. Viele Vorgaben stammen aus einer Zeit, in der Technik, Netze und Speicher noch nicht auf dem heutigen Stand waren. Wir wollen, dass Regularien dem technischen Fortschritt angepasst werden – pragmatisch, effizient und ohne unnötige Verzögerungen.

Ein moderner Energiemix braucht außerdem Stabilität. Erneuerbare Energien sind wetterabhängig. Deshalb müssen Netze und Speicher deutlich schneller ausgebaut werden. Große Speicherlösungen wie Pumpspeicher und Batteriespeicher müssen gezielt vorgebracht werden, damit nachhaltig erzeugter Strom nicht verloren geht, sondern dann verfügbar ist, wenn er gebraucht wird. Durch intelligente Speicher- und Netzplanung kann der Netzausbau zugleich dezentraler gestaltet und in Teilen verschlankt werden.

Auch private Speicher können einen wichtigen Beitrag leisten. Wir wollen, dass Privatanutzer ihre Speicher netzdienlich betreiben können. Das schafft Entlastung für das Netz, stärkt die

---

Eigenversorgung und macht die Energiewende für Bürgerinnen und Bürger attraktiver.

Im Netzausbau braucht es außerdem ein neues Verständnis von Zusammenarbeit. Netzausbaufirmen, Netzbetreiber und Energieversorger müssen Hand in Hand arbeiten, statt dass jeder für sich optimiert. Gemeinsame Planung, abgestimmte Prozesse und klare Zuständigkeiten beschleunigen Projekte und reduzieren Kosten.

Wir setzen auf Anreize statt Verbote. Welche Antriebstechnologien sich global durchsetzen, entscheidet sich nicht in Deutschland und nicht allein in Baden-Württemberg. Deshalb wollen wir zukunftsfähige, sparsame und nachhaltige Technologien fördern, statt Menschen und Unternehmen durch starre Verbote zu bevormunden.

Auch beim Thema Wasserstoff braucht es Realismus. Wasserstoff ist ein wichtiger Baustein – dort, wo er technisch notwendig ist, insbesondere in der chemischen Industrie und der Stahlindustrie. Für viele mobile Anwendungen ist Wasserstoff jedoch unwirtschaftlich. Eine pauschale Förderung in Bereichen, in denen es keine realistische Effizienz gibt, halten wir für eine Verschwendung von Steuergeldern. Wir wollen gezielt dort fördern, wo Wasserstoff einen echten Nutzen hat.

Schließlich müssen auch Kapazitätserweiterungen an bestehenden Stromtrassen deutlich schneller möglich sein. Der Ausbau vorhandener Infrastruktur ist oft effizienter als komplette Neubauprojekte. Deshalb wollen wir die verwaltungstechnischen Prozesse für Kapazitätserweiterungen beschleunigen und vereinfachen.

Unser Ziel ist eine Energiepolitik, die nicht teuer, sondern intelligent ist: nachhaltig, bezahlbar, planbar und technologisch offen. Damit Baden-Württemberg stark bleibt – für die Menschen, für die Wirtschaft und für die Zukunft.

## **16. Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt – Gemeinsam Verantwortung tragen**

Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Baden-Württemberg trägt als Industriestandort besondere Verantwortung. Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete lehnen wir ab. Von unserem Land aus darf kein Leid in andere Regionen der Welt getragen werden.

Gleichzeitig beginnt Frieden im Inneren. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist die Grundlage für Stabilität, Wohlstand und Demokratie. Wir dürfen uns nicht in politische Lager spalten lassen. Unterschiedliche Meinungen gehören zur Demokratie – Ausgrenzung und Spaltung schwächen sie.

Wir sind eine Gesellschaft, ein Bundesland, eine Gemeinschaft. Das Handeln jedes Einzelnen trägt zum Zusammenleben bei. Unser Ziel ist ein Baden-Württemberg, das zusammenhält, respektvoll miteinander umgeht und gemeinsam Verantwortung für die Zukunft übernimmt.